



Nationalparkdirektor Maier ist vom guten Willen Kurt Berneggers überzeugt, für den Schutz der Laussabauernalm zu unterschreiben. Fotos: Stinglmayr, NP, Bernegger

III VERTRAULICH

VON HANNES FEHRINGER



Der Nationalpark Kalkalpen droht zu schrumpfen

Der Vertrag mit dem Naturschutz läuft aus. Baulöwe Kurt Bernegger erwirbt mit der Laussabauernalm wohl auch das Jagdrecht.

Die Landespolitik reagierte auf den LRH-Prüfbericht und die Erklärung, die die Ranger über ihre Personalvertreter beim Land vorgebracht hatten, indem sie abrupt auf die Bremse stieg. Die landesgesetzlich vorgeschriebene Erweiterung des Nationalparks auf die Haller Mauern und das Tote Gebirge, die Umweltschutzorganisationen und die dritte Landtagspräsidentin **Gerda Weichsler-Hauer** (SP) sowie die Grünen seit Langem verlangen, wurde von VP und FP als Konsequenz der Prüfung abgelehnt. „Ich halte es für unsere Pflicht, die angesprochenen Konsolidierungen zu vertiefen, bevor wir uns an die Kür der Erweiterung machen“, bekräftigte VP-Klubobmann **Christian Dörfel**.

Dabei machen sich Naturschützer längst andere Sorgen als die Verschiebung der gesetzlichen Gebietserweiterung des National-

parks auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Jetzt droht, befürchten Umweltverbände, sogar das Gegenteil: das Reservat könnte schrumpfen.

Auslöser der Besorgnis ist, dass der Mollner Bauunternehmer **Kurt Bernegger** die Laussabauernalm gekauft hat und damit neben dem Besitzer der Puglalm auch Hälfteeigentümer der Agrargenossenschaft „Alpe Kampsbachtal“ geworden ist. Legt man die Flächen der beiden Almwirtschaften zusammen, ergibt sich ein Gebiet über 105 Hektar, das die Mindestgröße für eine Eigenjagd erfüllt. Damit die Immobilie vermittelbar wurde, wurde der seit 1997 mit der Nationalparkgesellschaft bestehende Vertrag gekündigt, demzufolge der Grundeigentümer für Nutzungsbeschränkungen innerhalb des Nationalparks entschädigt wurde. Der Vertrag läuft Ende

Juni aus. Weil sich das Revier in der äußeren „Bewahrungszone“ des Nationalparks befindet, ist es Berneggers gutes Recht, im Wald nur Pilze zu sammeln oder dort auch das Waidhandwerk auszuüben. Bernegger „überlegt noch“, der Erwerb des Geländes sei ja noch nicht einmal im Grundbuch eingetragen, ließ er den OÖNachrichten auf Anfrage ausrichten.

Maier glaubt an Einigung

Nationalpark-Direktor **Volkhard Maier** will von dem größten Arbeitgeber im Steyrtal und passionierten Waidmann „positive Signale“ vernommen haben: „Ich bin zuversichtlich, dass wir den Vertrag nahtlos weiterführen können“, sagte er gestern den OÖN. Ein Abschluss böte beiden Seiten Vorteile, betont Maier. Bernegger habe ja gewusst, dass er eine Alm im Nationalparksgebiet kauft, dessen Grenzen per Gesetz verordnet und unverrückbar seien. Naturschutzaktivisten lesen das Nationalparkgesetz aber anders: Wortwörtlich steht im Gesetz, dass „nur durch privatrechtliche Vereinbarungen zwischen der Nationalparkgesellschaft und den Rechtsinhabern der betroffenen Grundflächen“ Gebiete einbezogen werden dürften. Wenn die Almgenossenschaft „Alpe Kampsbachtal“ unter ihren neuen Besitzverhältnissen nicht mehr unterschreibt, würden „ihre Flächen aus dem Nationalpark herausfallen“, befürchten Kritiker.

Die Ranger des Nationalparks Kalkalpen überreichten vor der vorwöchigen Landtagssitzung den Klubobleuten der Parteien eine Petition. In dem Papier baten sie die Politiker, den Empfehlungen des Landesrechnungshofes (LRH) nicht auf Punkt und Beistrich zu folgen, der die Geschäftsgebarung der Nationalparkgesellschaft in seinem Prüfbericht arg zerzauste. Die Kontrolloren hatten auf negative Betriebsergebnisse in den Jahren 2017 (– 13.000 Euro) und 2018 (– 26.000 Euro) hingewiesen und vermerkt, dass vor dem Jahreswechsel auf 2020 der Nationalpark wegen der verspäteten Auszahlung der EU-Gelder für das Projekt „Wildnis und Biodiversität“ der Pleite zusteuerte und nur durch die erste Förderungsrate des Landes OÖ. für den Ausbau der Rangerstation in Höhe von 250.000 Euro gerettet wurde. Die Ranger forderten in ihrer Bittschrift, dass der Bund endlich zur Hälftezahlung aufschließen möge, die im Gesetz mit dem Land OÖ. vereinbart ist. Darüber hinaus müssten grundsätzlich mehr Mittel locker gemacht werden: „Der Nationalpark Bayerischer Wald hat ungefähr die gleiche Größe, die doppelte Anzahl an Mitarbeiterinnen und zirka das Vierfache an Budget“, erinnerten die Wildhüter.